

**Antrag 306/II/2024****Dora Oswald, Lennart Weyandt****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: AH Fraktion, Landesvorstand (Konsens)****Kein Kahlschlag beim sozialen Klimaschutz**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-
- 2 hauses und des Berliner Senats werden aufgefordert,
- 3 1. die Anfang der Woche vereinbarten Kürzungen
- 4 im Haushaltsentwurf für Berlin im Bereich des
- 5 Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes sowie der Mo-
- 6 bilität grundlegend zu überprüfen;
- 7 2. insbesondere das Berliner Energie- und Klima-
- 8 schutzprogramm (BEK) und das Berliner Programm
- 9 für Nachhaltige Entwicklung (BENE) nicht zu entker-
- 10 nen;
- 11 3. die unverhältnismäßig hohen Kürzungen beim Fuß-
- 12 und Radverkehr abzulehnen und stattdessen die un-
- 13 verhältnismäßig niedrigen Parkgebühren auf das
- 14 Niveau von Großstädten wie Hamburg zu erhöhen
- 15 sowie höhere Parkgebühren für SUV zu prüfen;
- 16 4. die überproportionale Kürzung bei der Grün Berlin,
- 17 die für die Klimaresilienz essenzielle Arbeit bei der
- 18 Entwicklung und Betreuung von Grünflächen und
- 19 Parks leistet, ebenso abzulehnen;
- 20 5. zur Finanzierung von Investitionen in den Klima-
- 21 schutz die Idee des Darlehensprogramms in Koope-
- 22 ration mit landeseigenen Unternehmen auszurei-
- 23 zen;
- 24 6. im Bundesrat eine Initiative zur Abschaffung, min-
- 25 destens zur Flexibilisierung der Schuldenbremse,
- 26 unverzüglich anzustrengen.

27 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordneten-

28 hauses und des Berliner Senats werden außerdem ange-

29 halten, den im vergangenen Jahr beschlossenen Leitan-

30 trag zum Klimaschutz ernstzunehmen und seine Forde-

31 rungen in die Haushaltsverhandlungen einzupflegen

**Begründung**

34 Daran, dass der Landeshaushalt konsolidiert werden

35 muss, kommen wir wegen der Schuldenbremse leider

36 nicht vorbei. Es ist für uns als Partei dennoch essentiell,

37 dass wir dabei den sozialen Zusammenhalt in der Stadt

38 nicht gefährden. Gleichzeitig tun wir genau das, wenn wir

39 Kürzungen im Haushalt einseitig bei der SenMVKU abla-

40 den.

41 Denn Klimaschutz ist eine soziale Frage - diese Erkennt-

42 nis haben wir im September 2023 feierlich zur Beschluss-

43 lage der Partei gemacht, als wir einstimmig einen Leitan-

44 trag für eine soziale und klimagerechte Stadt verabschie-

45 det haben. Sie aufzuopfern, würde uns viel Glaubwürdig-

46 keit kosten.

47 Vor dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Schulden-

48 Bremse im vergangenen Jahr hatten wir noch vor, ein Son-

49 dervermögen von bis zu 10 Milliarden Euro für den Klima-  
50 schutz einzurichten. Dass das nicht gekommen ist, ist eine  
51 Sache, für die wir nichts können. Aber nun ausgerechnet  
52 in diesem Bereich derart hart zu sparen, ohne alle sach-  
53 gerechten Möglichkeiten zur Verbesserung der Einnah-  
54 mesituation zu nutzen (z. B. Parkgebühren), erhöht eben-  
55 so wenig unsere Glaubwürdigkeit. Berlin erhebt aktuell  
56 die niedrigsten Gebühren für Anwohnendenparkauswei-  
57 se unter den zehn größten deutschen Städten!  
58 Kein Ressort ist bei den Sparmaßnahmen nun so getroffen  
59 wie die SenMVKU. Im Umweltbereich stehen von knapp  
60 300 Millionen Euro Budget Streichungen von 85 Millionen  
61 Euro im Raum. Wenn wir diese Kürzungen durchziehen,  
62 gefährden wir die gesetzlichen Klimaschutzziele Berlins,  
63 deren Erreichung schon ohne die Kürzungen sehr ambitio-  
64 niert ist. Und noch viel wichtiger: Wir gefährden die Men-  
65 schen in dieser Stadt.  
66 Die Nicht-Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie, des  
67 EU-Renaturierungsgesetzes, des Bundeswaldgesetzes,  
68 des Berliner Mobilitätsgesetzes oder des Klimaanpas-  
69 sungsgesetzes beispielsweise haben angesichts der  
70 immer stärkeren Erwärmung der Stadt spürbare Aus-  
71 wirkungen auf die Gesundheit der Berlinerinnen und  
72 Berliner.  
73 Die Streichungen beim BENE-Förderprogramm etwa sind  
74 aber auch ökonomisch unklug. Sie werden häufig unter  
75 Bezuschussung durch EU-Fördergelder angewandt.  
76 Friedrich Merz hat sich vor kurzem offen für eine Reform  
77 der Schuldenbremse gezeigt. Diese Chance muss in die-  
78 ser Legislatur genutzt werden, solange noch eine Zwei-  
79 Drittel-Mehrheit der demokratischen Parteien im Bundes-  
80 tag zustande kommen kann.